

Nein zu „Gott“ ...

Obwohl die meisten europäischen Staaten keine Gottesklauseln in ihren Verfassungen kennen, soll jetzt auf Druck der Kirchen ein eigener Kirchenartikel in die europäische Verfassung aufgenommen werden. Dazu erklärt der Humanistische Verband Deutschlands:

Der Humanistische Verband lehnt einen Gottesbezug in der Europäischen Verfassung ab und setzt sich für dessen Abschaffung in der Präambel des Deutschen Grundgesetzes ein.

Laut der jüngsten Online-Umfrage von McKinsey, Stern, T-Online und ZDF (www.perspektive-deutschland.de) mit 356.000 Teilnehmern bezeichnen sich nur noch 39% der Bevölkerung als religiös, fast genauso viele Bürger sehen sich als Atheisten oder eher nicht religiös (12% bzw. 24%). Vor diesem Hintergrund ist es besonders unverständlich, dass die deutschen Vertreter im EU-Konvent einen Kirchenartikel in der EU-Verfassung begrüßen, darunter Außenminister Joschka Fischer.

Der Rückgriff auf Gott ist deshalb sinnentleert, nicht mehr zeitgemäß und diskriminiert alle Bürger, die keine religiösen Grundüberzeugungen vertreten oder sich auf einen anderen Gott als den christlichen berufen. Nichtreligiöse Menschen verdienen ebensolche Achtung wie die „Gläubigen“. Zudem ist die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit aller Menschen bereits in Artikel 10 der Grundrechtscharta der Europäischen Union ausdrücklich garantiert und bedarf daher keiner einseitigen Ergänzung. Eine Verfassung, die für alle Bürger gelten soll, benötigt keinen Gottesbezug. Die Europäische Union ist „Heimstatt aller Bürger“ und auf deren aktive Mitwirkung beim Aufbau eines demokratischen und friedlichen Europa angewiesen.

Die Unionsbürgerschaft gründet nicht einseitig auf religiöse Überzeugungen sondern auf die kulturelle Vielfalt in Europa. Es muss deshalb Anspruch der künftigen Europäischen Verfassung sein, alle Menschen und gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen zu integrieren.

Aus Gründen der religiös-weltanschaulichen Neutralität und der Gleichberechtigung fordert der Humanistische Verband deshalb, auf die Verankerung von „Gott“ in der Europäischen Verfassung und im Grundgesetz zu verzichten.

Berlin, 2. Mai 2003